



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Er erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Der Reichstarif gekündigt.

Der Vorstand hat den Reichstarif für das Hilfspersonal im Buchdruckgewerbe zum 31. Januar 1925 gekündigt.

Der Entschluß unserer Verbandsleitung, den Reichstarif zu kündigen, ist von vielen Mitgliedern erwartet und von der Mehrheit gefordert worden. Ohne die von zahlreichen Mitgliedschaften eingegangenen Anträge, den Tarif zum nächstzulässigen Termin zu kündigen, wäre die Maßnahme auch erfolgt da die teilweise Unzufriedenheit über den im Mai erneut abgeschlossenen Vertrag bekannt war. Die Verbandsleitung wußte, daß sie mit der Einreichung der Kündigung berechtigten Wünschen der im Buchdruckgewerbe beschäftigten Mitglieder nachkommt, und hat deshalb auch nicht lange beraten brauchen, um diesen Beschluß zu fassen. Die Gehilfen haben ebenfalls schon vor uns gekündigt und dadurch der Leitung des Deutschen Buchdruckervereins eine Begründung geliefert, ihrerseits auch uns die Lösung des Vertragsverhältnisses anzuzeigen.

Wir wissen alle noch zu gut, wie und unter welchen Veränderungen der Reichstarif kurz nach Einführung der Rentenmark zustande kam. Die Krise im Wirtschaftsebene, die unserem Gewerbe eine beispiellos schlechte Konjunktur brachte, wurde damals von den Unternehmern rücksichtslos ausgenutzt. Sie haben sich als Herren der Lage, wollten uns einen neuen Tarifabschluss überhaupt nichts wissen und brachten mit Hilfe des Schlichters vor dem Reichsarbeitsministerium hauptsächlich eine Verschlechterung der Lohnbestimmungen durch, von den anderen Bestimmungen über Arbeitszeit und Ferien gar nicht zu reden. Eingeleitet hatten sie ihre Aktion mit dem bekannten Aufruf, der alle Mitglieder des DBV zur Kündigung der Gehilfen und Hilfsarbeiter veranlassen sollte, wenn die Personale sich nicht mit der Einführung der 54stündigen Arbeitszeit einverstanden erklärten. Erreichten konnten die Unternehmer das Ziel ihrer Wünsche zwar nicht, immerhin errangen sie mit ihrer geistlosen Konjunkturpolitik nennenswerte Erfolge.

Schon bei den nachfolgenden Lohnverhandlungen und zuletzt bei der Tarifberatung im Mai konnte ihnen einiges wieder abgejagt werden, trotzdem war das unerreicht, was wir im vergangenen Jahre schon mit vieler Mühe errungen hatten. Seit dieser Zeit lagen die Organisationen der Buchdruckerarbeiter mit dem Unternehmerverein fast ständig im Streit um eine angemessene Lohnverhöhung. Obwohl das Buchdruckgewerbe der besten Geschäftslage sich erfreut, die den Unternehmern reichliche Gewinne einträgt, sind ihre Verhandler ebenso zugeknöpft wie zu Beginn des Jahres. In freier Verhandlung werden die Arbeitervertreter nicht mehr mit ihnen einig. Die Herren Prinzipale lehnen konsequent jede Forderung ab, nur unter Zwang gestiftet bezahlen sie. Hinterher schimpfen sie, daß es eine Art hat.

Nach dem letzten Lohnstreik gab es zwischen dem „Korrespondent“ und der „Zeitschrift“, dem Unternehmerorgan, eine Auseinandersetzung, in der von den Gehilfen auch die neue Druckpreiserhöhung kritisiert wurde. Das Unternehmernetat ist sehr empfindlich und fällt auf guten Ton. Es schreibt nämlich oder läßt sich schreiben:

„Aber das Verhältnis zwischen Lohn und Preis will ich mich hier nicht auslassen, dazu sind Berufene da, aber über die Schamlosigkeit, mit der die Gehilfenhaft eine ganz selbstverständliche Preiserhöhung im Buchdruckgewerbe bekämpft, um dadurch ihre unveränderte Forderung berechtigt erscheinen zu lassen, kann man nicht hinweggehen. Wir ist bis jetzt keine Andeutung und kein Gewerbe bekannt geworden, in dem etwas Ähnliches passierte. Für ein Paar Stillestehen bezahlte ich kürzlich 6,50 M., im Frieden 3 M. An maschinellen Einrichtungen und Werkzeugen wird man beim Schuster nicht viel finden. Der Anteil des Leders an den Gesamtkosten ist im Verhältnis zum Frieden geringer geworden. Ich habe noch nie gehört, daß der Verband der Schuhmacher sich über eine wucherliche Preispolitik seiner Weiler beklagt habe. Es

wird wohl auch kaum eine Gewerkschaft geben, in der die Arbeiterhaft derartig verhebt wird wie bei uns.“

Die Unternehmer im Buchdruckgewerbe sind wie gesagt sehr empfindliche Leute, besonders feilsüchtig werden sie aber, wenn jemand ihre Preispolitik kritisiert, wie es das Gehilfenorgan mit Recht getan hat. Auf die Schuhmacher sollte man sich in der „Zeitschrift“ lieber nicht berufen. Einmal gibt es in der Schuhfabrikation mehr als 40 verschiedenartige Maschinen, wovon natürlich ein Buchdruckereibesther nichts zu wissen braucht, und dann reden die Arbeiter in der Schuhindustrie eine sehr deutliche Sprache über die Preisbildung der Produkte, die sie herstellen und vermarkten. Bei der letzten Lohnforderung Ende Oktober vermahnten sie sich in ihrem Verbandsorgan dagegen, daß die Arbeiter die Folgen der nutzlosen Maschinen bei der Preisfestsetzung tragen sollen. Befanntlich haben die hohen Preise für Schuhwaren den Absatz ungemein erschwert. Eine gründliche Untersuchung würde ergeben, daß am allerwenigsten die Arbeitslöhne es sind, die das Produkt so unerhört verteuert haben.“

Das Zugeständnis kann man den Unternehmern im Buchdruckgewerbe ruhig machen, nicht sie allein verkaufen gute Preise zu nehmen und möglichst niedrige Löhne zu zahlen. In anderen Gewerben und Industrien wetteifern die Unternehmer mit ihnen. Bei den angestellten Untersuchungen über den Anteil der Löhne am Preis des Produktes ist klar geworden, daß die Steigerung der Löhne kein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung bildet. Die Unternehmer sollen doch beweisen, daß der Lohnanteil prozentual höher ist als vor dem Kriege und im Zustande. Das Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik hat Fritz Tarnow in kurzen Worten gekennzeichnet: Die Arbeiter verlangen den vollen Ertrag ihrer Arbeit nach Abzug nur dessen, was zur Erhaltung, Verbesserung und Vermehrung der Produktionsmittel volkswirtschaftlich notwendig ist.

Nun rüsten die Unternehmer zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen. In einer Sitzung des Gauverbandes des Deutschen Buchdruckervereins, die am 27. und 28. November in Berlin stattfand, wurde nach einem kurzen Bericht der „Zeitschrift“ recht ausführlich die Frage besprochen, „ob regionaler oder zentraler Tarif, ob lohntarifliche Entlastung der Provinzstädte möglich sei“. In dem Unternehmerorgan heißt es weiter über die in der Sitzung gepflogene Aussprache: „Wenn die Gehilfenhaft so nachdrücklich die angebl. Konjunktur ausbeute, bleibe schließlich nichts übrig, als den Spieß zu gegebener Zeit umzudrehen. Ein lediglich auf die Konjunktur abgestellter Lohnsatz muß sich auch rückwärts auf die Bestimmungen des Manteltarifs.“

Nach diesen Äußerungen werden also die Unternehmer an ihrer für das Gewerbe so verderblichen Taktik festhalten und dafür sorgen, daß nur ja nicht bei den Verhandlungen eine Verständigung erreicht wird. Das ist bedauerlich. Wie viel besser wäre es für beide Teile, die unbedingt aufeinander angewiesen sind, wenn übereinstimmend festgelegt werden könnte, dies und das ist notwendig und muß anerkannt werden. Von den Vertretern der Arbeiterhaft im Buchdruckgewerbe kann doch wirklich nicht behauptet werden, daß sie nicht immer zu Entgegenkommen bereit gewesen wären. Die Unternehmer wollen aber nicht. Auf begründete Forderungen hatten sie nichts anderes als ein Nein zu erwidern, und damit stiegen die Verhandlungen hoch, um vor dem Reichsarbeitsministerium neu aufzuleben. Dann mit einem Male konnten die Unternehmer ein Angebot machen. Mag die prinzipielle Ablehnung der Unternehmer aus rein organisierten Erwägungen heraus für sie zwingende Notwendigkeit sein, große Erfolge haben sie damit nicht geerntet.

Unsere Mitglieder werden in einigen Wochen also ihr Verprechen, das sie in vielen Versammlungen der Verbandsleitung gaben, einlösen können. In einer Dresdener Mitgliederversammlung wurde sehr richtig anerkannt, daß eine erfolgreiche Lohn- und Tarifpolitik

des Verbandes zielsicher nur mit lückenlos geschlossenen Reihen geführt werden kann. Das ist es also, was die Stunde von uns verlangt. Das Hilfspersonal in kleinen Provinzorten wird von den Unternehmern bestimmt wieder als Hinweis für den Tarif und keine Durchführung bezeichnet werden. Die Kollegen und Kolleginnen sollen sich das merken. Kein Mensch und kein Gott kann ihnen helfen, wenn sie nicht fest bei der Stange bleiben, und kein Verband hat Interesse an ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen, wenn sie abwärts gehen. Die Mittel und die Kraft der Organisation sind nur für Mitglieder da, wer darauf verzichten kann und will, d. h. wer so anfällig ist und glaubt, ohne den Verband auch weiterzukommen, kann uns gestohlen bleiben. Kommt er aber hinterher und jammert, werden wir ihn freundlich darauf aufmerksam machen, daß er die Zeit verschlafen hat. Er soll das nächste Mal früher aufstehen. Uns ist jeder herzlich willkommen, ja wir merken um ihn, Schwarzer aber und Feiglinge verachten wir.

Kollegen und Kolleginnen, sagt es denen, die es angeht.

Die Bestlage der Sozialpolitik.

Die Lage der Sozialpolitik hängt in erster Linie von dem Zustand der allgemeinen Politik ab. Deshalb fallen die Phasen der Sozialpolitik der Nachkriegszeit mit den Wandlungen der politischen Kräfte zusammen.

Die revolutionäre Welle beschleunigte in unerhörtem Maße das Tempo der sozialpolitischen Entwicklung. Trotz der Krisenereignisse, die die militärische Niederlage in den besiegten Staaten besetzten, ging der sozialpolitische Fortschritt stürmisch vor sich. Die allgemeine Verbesserung der Arbeitslohnverhältnisse milderte die Wirkung der Krise in der Revolutionszeit. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, der Betriebsrätegedanken, hat seine Formen der russischen Revolution entlehnt.

In den Siegerstaaten und bei den Neutralen vermochte man der revolutionären Welle auf dem Gebiet der Sozialpolitik keinen Widerstand zu leisten. Durch die Konjunktur der wirtschaftlichen Wiederherstellung wurde der Siegeslauf der Sozialpolitik nur gefördert. Die revolutionäre Schöpfung der Nachkriegszeit, der Betriebsrat, hat zwar die Grenzen der Bestmögliche nicht überschritten, aber der Achtstundentag wurde Gemeingut der europäischen Sozialpolitik.

In den anderen Weltteilen ließen sich die Fernwirkungen der ost- und mitteleuropäischen Revolution ebenfalls spüren. Erst 1917 befindet sich die mexikanische Sozialpolitik im Stadium der revolutionären Umwälzung. Die Einführung des Achtstundentages in Argentinien Anfang 1923 gehört auch zu den Nachwirkungen der europäischen Revolutionen.

Und selbst in den Friedensverträgen, diesen Schöpfungen des militärischen Sieges, sind Züge wahrzunehmen, die auf einen revolutionären Ursprung hinweisen. Die internationale Arbeitsorganisation, die Schaffung einer organisierten Grundfrage für die internationale Sozialpolitik, sind revolutionäre Spuren im Werte der militärischen Reaktion, das den zweiten reaktionären Abschnitt der Sozialpolitik der Nachkriegszeit eingeleitet hat.

Die Stärkung des Militarismus, die mit den imperialistischen Friedensverträgen in Hand ging, rief in den Siegerstaaten eine reaktionäre Wendung hervor. Dieser Umkehrung wurde durch die eingetretene Wirtschaftskrise nur noch verschärft. Die Wirtschaftskrise wirkt in unseren Zeitläuften hemmend auf die sozialpolitische Entwicklung. Nicht zu jeder Zeit hat sie eine ähnliche Wirkung ausgeübt. Heute glaubt man nicht daran, daß mit der Sozialpolitik ein Damm gegen die sozialistische Flut errichtet werden kann. Oft hat ebendiese politische Reaktion mit dem sozialpolitischen Fortschritt oder wenigstens mit dem fortschrittlichen Ausbau gewisser Zweige der Sozialpolitik geliebäugelt. Im Jahre 1898 hat man gegen das Koalitionsrecht, gegen den Arbeiterlohn gestimmt, aber die Sozialversicherung wollte man ausbauen. Jetzt ist die Reaktion gegen sämtliche Lebensereignisse der Sozialpolitik, und wo die Träger der Arbeiterbewegung, besonders die Gewerkschaften, durch die Krise geschwächt sind, führt sie einen Feldzug gegen alle Fronten der Sozialpolitik.

Der Angriff der Reaktion hatte aber nicht dort den größten Erfolg zu verzeichnen, wo die Kräfte am häufigsten wütete, sondern dort, wo die politische Organisation der Arbeiterhaft die geringste Kraft zu entfalten vermag. So unter den Siegerstaaten nicht in dem von der Krise am meisten bedrohten England, sondern in Frankreich und in Italien. In England hat man zwar die Arbeitsgemeinschaften, die Whitley-Ausschüsse abgebaut, die Tätigkeit der Gewerkschaften eingeschränkt, gegen die Olden eine feindselige

Stellung eingenommen, ja sogar gegen die politische Arbeit der Gewerkschaften einen Gesetzentwurf vorbereitet, aber im großen und ganzen ist der gewaltige Bau der englischen Sozialpolitik fast unberührt geblieben. In Frankreich dagegen wurde die Gewerkschaftskommission durch ein Gerichtsurteil aufgelöst, der Pflichtenstandtag an zwei Stellen durchbrochen und mit dem Protest gegen die Unzulänglichkeit der internationalen Arbeitsorganisation in den Fragen der Landwirtschaftlichen Sozialpolitik ein Angriff gegen die internationale Sozialpolitik eingeleitet. Die Ergebnisse der italienischen Reaktion sind bedeutend, aber nicht so augenfällig, weil die revolutionären Errungenschaften der italienischen Arbeiterklasse wegen ihrer kommunistischen Einstellung meistens nicht gefehlich verankert wurden.

Wesentlich ist der Sachverhalt in den festesten Staaten. Die sozialpolitische Reaktion hat ihren Höhepunkt nicht in dem von der Krise am stärksten heimgesuchten Österreich und Deutschland, sondern im agrarischen Ungarn erreicht. Und die politisch gespaltenen Arbeiterbewegung konnte in Deutschland gegen die reaktionären Tendenzen einen viel geringeren Widerstand leisten als in dem fast einheitlichen Österreich.

Die Motive und die Taktik der deutschen Reaktion, der es gelungen ist, den Achtstundentag zu umgehen und viele andere sozialpolitische Gesehe zu sabotieren, gewähren einen tiefen Einblick in den Mechanismus der sozialpolitischen Reaktion. Die eigentliche Zielsetzung der Offensive der deutschen Schanzmacher ist nicht die sozialpolitische Gesetzgebung, sondern die Macht der Gewerkschaften, ihr wirkliches Ziel die Wiederherstellung jenes Zustandes uneingeschränkter Herrschaft über kleinere Produzenten, Konjumenten und Arbeiter. Deshalb hat die deutsche sozialpolitische Reaktion einen feudalen Anstrich und ist mit den monarchistischen Wiederherstellungsbestrebungen schwer verwandt. Hier industrielle Herzogtümer, dort militärische Monarchien!

Aber die Grenzen der sozialpolitischen Reaktion weisen auf die relative Stärke der Widerstandskraft der modernen Arbeiterbewegung. Selbst in den Ländern des Faschismus, in Ungarn, Spanien, Italien, konnte man die Gewerkschaften nicht vernichten, und ohne eine gesetzliche Regelung vermochte nicht nur die hochentwickelte englische, sondern sogar die ungarische Arbeiterklasse den Achtstundentag im großen und ganzen zu bewahren. Und der italienische Faschismus mußte, wenn auch in schwindelhafter Form, den Achtstundentag gefehlich verankern.

Durch den Umsturz in der englischen und französischen Politik, die mit einer leicheren wirtschaftlichen Entspannung parallel läuft, ist der dritte Abschnitt der Sozialpolitik der Nachkriegszeit gekennzeichnet. Durch diese politische Wendung wurde nicht nur der Angriff gegen den Achtstundentag und Koalitionsrecht in den Siegerstaaten aufgehoben, sondern durch die Förderung der internationalen Sozialpolitik selbst die deutsche sozialpolitische Reaktion gehemmt, und die Entwicklung der europäischen Sozialpolitik neue Horizonte eröffnet. Die sozialpolitische Entwicklung verfolgt, wie jede Entwicklung, einen Zickzackweg. Als man in Deutschland Betriebsräte schuf, richtete sich die französische Reaktion gegen die Sozialpolitik, und jetzt, wo die deutsche Reaktion auf allen Fronten gegen die Sozialpolitik kämpft, werden die Mindestforderungen der französischen Gewerkschaften in Frankreich zum Regierungsprogramm; in Deutschland spricht man von einem Abbau der Sozialversicherung, in Frankreich, in der Tschechoslowakei, in der Schweiz bringt der deutsche Gedanke der Arbeiterversicherung durch. In Deutschland denkt man an den Abbau des Reichsmarkhaltungs, in Frankreich an den Aufbau einer ähnlichen Institution; in Deutschland baut man die alte sozialpolitische Ideologie ab, in Frankreich und England wird diese Ideologie übernommen. Dieser neue Abschnitt der Sozialpolitik hat bisher mehr auf dem Gebiet der Defensive als auf dem der Offensive geteilt, hat mehr Pläne als sozialpolitische Fertigprodukte geschaffen, aber die Zeitpanne, in der sie wirken konnte, war ziemlich kurz; und wird ihr allgemeiner politischer Unterbau von Dauer sein, dann werden ihre Ergebnisse und Fernwirkungen gewiß nicht ausbleiben.

Die Zukunft der Weltsozialpolitik hängt heute in großem Maße von jenen Mächten ab, die wirtschaftlich den Weltkrieg gewonnen haben, von den Vereinigten Staaten und von Japan. Es sind Anzeichen vorhanden, die in diesen Staaten auf eine günstige sozialpolitische Entwicklung weisen. Die politische Entschwärzung der amerikanischen Arbeiterklasse, die in der Unterstufung La Follette zum Ausdruck kam, geht mit einer gewerkschaftlichen Entschonung parallel. Auf dem amerikanischen Gewerkschaftskongress, der

Ende 1923 umweit der mexikanischen Grenze, in El Paso abgehalten wurde, hat man die Einheitsfront des Weltproletariats, das Zusammenarbeiten mit Amsterdam stark betont. Wenn die Entwicklung des amerikanischen Proletariats einen den englischen ähnlichen Lauf nimmt, so wird das der Weltsozialpolitik einen mächtigen Impuls geben. Aus den letzten Kundgebungen der japanischen Gewerkschaften, die bisher in den Rinderstufen stecken und die jetzt die Notwendigkeit einer rationalen, europäischen Gewerkschaftspolitik hervorheben, können wir folgern, daß die japanische Bewegung ihre Sturm- und Drangperiode überschritten hat, und daß auch die japanische Arbeiterklasse den europäischen Weg finden wird, den die japanischen Kapitalisten bereits gefunden haben.

In der sozialpolitischen Entwicklung der Zukunft wird neben den Vereinigten Staaten und Japan auch Indien eine wichtige Rolle spielen. Für den verhältnismäßig raschen Fortschritt der Weltsozialpolitik ist Indiens Entwicklung charakteristisch. Vor dem Kriege war der Pflichtenstandtag in Österreich und in der Schweiz gefehlich eingeführt; heute hat Indien den Pflichtenstandtag und nähert sich schon dem Vorkriegsstand der Sozialpolitik in Österreich und in der Schweiz.

Die große Bedeutung Indiens für die rüstständiger Länder ist auch ein Beweis für die ungemessene Wichtigkeit der internationalen Sozialpolitik. In fortgeschrittenen Ländern kann eine Reaktion die Errungenschaften fortschrittlicher Perioden nicht so leicht wachsgewonnen wie in rückständigen; deshalb ist in diesen die internationale Bindung so notwendig, deshalb kann in diesen die internationale Sozialpolitik als eine Art Versicherung gegen die politische Depression, als eine Bürgschaft für die Aufrechterhaltung der Errungenschaften günstiger Zeiten betrachtet werden.

gedrückt werden kann, wenn man an Stelle der teuren Butter und des Schmalzes nur den Margarinepreis dafür einstellt. Nach den bisherigen Erfahrungen muß daher bei der Reform gefordert werden, daß es nicht mehr in das Belieben des Staatlichen Reichsamts oder der Landesämter gestellt wird, nach Belieben nur die billigsten Lebensmittel einzustellen.

Nicht ohne Interesse dürfte in diesem Zusammenhang auch die Mitteilung sein, daß das Staatliche Reichsamts die zuerst für die Ernährung eingeleitete Fleischmenge später erheblich herabsetzte und Fische dafür einstellte, angeblich nur deshalb, weil es zu wenig Fleisch damals gab. Daß die dafür eingestellten Fische erheblich billiger waren und auch dadurch der Index herabgedrückt wurde, war wohl nur Zufall und keine Absicht. Weniger Anstand nahm das Staatliche Reichsamts oder an der damals noch reichlich bestehenden Kartoffelknappheit. Denn trotz dieser werden seit 1920 bis heute nämlich fast 1 1/2 Zentner der vierwöchentlichen Ernährungsquote zugrunde gelegt.

Bezüglich der erwähnten unrichtigen Vorkriegspreise sei nur gesagt, daß beispielsweise vom Staatlichen Amt der Stadt Berlin der Preis für Hammelfleisch mit 170 M. pro Kilogramm angegeben ist, wogegen der Vorkriegspreis für Fleisch einen Preis von 130 bis 160 M. für die damalige Zeit feststellte. Bei Schweinefleisch schwankten die beiden Annahmen 170 M. bzw. 150 bis 160 M. Speck wird vom Staatlichen Amt Berlin mit 220 M. Vorkriegspreis eingestellt, während Calwer für die gleiche Zeit 184 M. der Fleischerverband 160 bis 170 M. feststellte und die Berliner Konsumgenossenschaft noch im Juni 1914 1 Kilogramm mit 160 M. verkaufte. Noch stärker differieren die Preise bei den Vorkriegszeiten. Während vom Staatlichen Amt selbst für die Sommermonate 1913 noch 120 M. pro Zentner eingestellt werden, hat die Konsumgenossenschaft Berlin einen Zentner Vorkriegs frei Haus und Keller im Juli für 65 Pf. und selbst im Dezember nur für 70 Pf. geliefert. Werden aber zu hohe Vorkriegspreise eingestellt, so erscheinen natürlich die heutigen Steigerungen entsprechend geringer.

Was ungeliebt und reformbedürftig sind ferner die für die Preisermittlungen und -errechnungen eingesetzten Nahrungsmittel sowie die Menge derselben. Man konnte sie noch gedrungen für die letzten Jahre der großen Lebensmittelknappheit gelten lassen, heute ist die Ernährungsgrundlage jedoch eine ganz andere und muß daher die für die Lebensmittelherstellung in Frage kommende Lebensmittelaufstellung gründlich revidiert werden. Denn es ist nicht gleichgültig, was von anderer Seite behauptet wird, daß es für die Feststellung der Preissteigerung gleichgültig sei, welche Nahrungsmittel man dafür einsetze. Die bezügliche Berechnungen nach dem alten Schema und einem auch dem Lohnpolitischen Ausschuss des DGB. unterbreiteten neuen Vorschlag haben eine Differenz der Indizes von 6 bis 12 Punkte ergeben.

Des weitern wird der Reichsindex natürlich unnatürlich durch die relativ niedrigen Mietpreise gedrückt. Denn in Wirklichkeit haben die Mieter nicht bloß die niedrigen Miete, sondern müssen für sogenannte Schönheitsreparaturen noch erhebliche Aufwendungen machen.

Schließlich sei noch darauf verwiesen, daß im Reichsindex die Ausgaben für diverse kleinere Ausgaben sowie Steuerabzug und soziale Beiträge gar nicht zum Ausdruck kommen. Gerade dieser Posten ist aber auf rund das Doppelte gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen und muß daher unbedingt in den Reichsindex mit aufgenommen werden.

Man sieht also aus dem hier Gesagten, daß nicht nur eine Fehlerquelle in dem Reichsindex enthalten ist, sondern eine ganze Reihe Mängel und Fehler sich in demselben auswirken, deren Beseitigung dringend gefordert werden muß. Inwiefern hat das Staatliche Reichsamts insofern der vielfältigen und wie wir gesehen haben, durchaus berechtigten Kritik den Beschluß gefaßt, den Reichsindex einseitig nicht mehr zu veröffentlichen? Dies verliert man heute nicht dabei, aber es muß doch gewöhnlich werden, daß die Beratungen über die Neuauflistung des Reichsindex so beschleunigt werden, daß wir bald zu einem zuverlässigen Gradmesser für die Lebenshaltung kommen. Sollten wider Erwarten unsere Reformvorschlüge nicht genügend Beachtung finden, so werden die Gewerkschaften nicht unhin können, sich eingehender mit der Frage zu befassen, ob sie nicht auf tun, selbst Lebenshaltungskoeffizienten zu ermitteln; denn mit Hilfe der Konsumgenossenschaft siehe sich das nicht allzu schwer durchführen.

Zur Kritik des Reichsindex.

Ueber die Unzulänglichkeit des Reichsindex ist in den letzten Jahren, insbesondere aber in den letzten Wochen schon so viel geschrieben worden, daß es fast nach Altem tragen ließe, wollte man darüber noch viele Worte verlieren. Da wir durch die vielfache Kritik endlich erreicht haben, daß der Aufbau des Reichsindex neu beraten wird, erscheint es zunächst wichtiger, auf die Fehlerquellen des Reichsindex, einmal näher einzugehen. Darüber herrscht noch große Unkenntnis und Verwirrung. Denn das Staatliche Reichsamts, welches am ersten in der Lage sein dürfte, hierüber Auskunft zu geben, hält sich konsequent in Schwelen. Sicherlich aus wohlwollenen Gründen. Nun ist aber eine Nachprüfung des Reichsindex für den Aufhebenden und was für die Mitglieder der Reichsindexkommission selbst völlig ausgeschlossen. Man muß sich daher wohl oder übel auf Stichproben beschränken, aus denen man dann auch Rückschlüsse auf die Fehlerquellen des Reichsindex ziehen darf. Für einen solchen Versuch erscheint Berlin ganz besonders gut geeignet, weil dieses mit seinen 4 Millionen Einwohnern den 15. Teil des Deutschen Reiches enthält und dort an der Hand der vom Staatlichen Amt der Stadt Berlin veröffentlichten kleinen Handelspreise wichtiger Lebensbedürfnisse eine Nachprüfung sehr gut möglich ist. Dabei hat eine vom Verband der Buchhändler vorgenommene Nachprüfung zu dem überraschenden Ergebnis geführt, daß nach diesen Kleinhandelspreisen die Lebensmittel für Berlin sich um 6-15 M. höher stellen, als sie in den bekannten Tabellenangaben der 72 Städte verzeichnet war. Die Ursachen hierfür scheinen sowohl in den eigenartigen Errechnungsverfahren wie in den zum Teil unrichtigen Vorkriegspreisen zu liegen. So sind nach dem Erleren von den bei den Preisermittlungen eingesetzten Preisen stets nur die beiden billigen, je zur Hälfte in die Berechnung einzugehen, so daß also dadurch wohl die gute Butter regelmäßig unter den Tisch fällt, weil sie ja bekanntlich stets zu den teuersten Preisen zählt. Das ist vorzüglich, daß bei dem fehlenden Speckpreis dieser durch den Margarinepreis ersetzt wird, wobei sogar an Stelle von 100 Gramm Speck nur 850 Gramm Margarine einzuführen sind. Ferner dürfen von den aufgeführten Gemüskarten nur die drei „marktgemäßen“, also billigen, Gemüskarten eingestellt werden. Frühgemüse darf nicht in Anrechnung gebracht werden. Was aber solche Vorschriften für einen starken Einfluß auf die Bestimmung des Reichsindex haben können, ist leicht verständlich. So haben die vom Buchhändlerverband vorgenommenen Nachrechnungen der Ernährungsindizes für Berlin ergeben, daß der Ernährungsindex um 5-7 Punkte nur dadurch

Jugend.

Jede Bewegung kämpft um die Jugend, und jede Bewegung steht in diesem Kampfe um die Jugend ihre vornehmste Aufgabe, weil ihr mit der Eroberung der Jugend die Zukunft gesichert ist. Doch gehört Jugend nicht in jede Bewegung. Jugend gehört nur in die Bewegung, die ein Vorwärts kennt, und wenn sie nur rückwärts schaut, dann ist Jugend alt. Darum konnte der General Deimling, der besessene Organisator des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, nicht mit Recht erklären, daß er sich mit seinem frohen Zukunftsglauben trotz seiner 72 Jahre jung vornehmen, während die Jugend, deren Gedankenspanne heute immer nur in der vergangenen Zeit lebt, in Wirklichkeit alt ist.

Nicht deshalb schon ist Jugend Zukunft, weil sie jung an Jahren ist. Jungsein heißt glücken und besesselt vorwärts schauen und die Welt weiterführen zu neuer Höhe. Wer wahrhaft jung ist, der tritt wie ein Kind an das Leben heran, unbefürchtet, ohne eine vor anderen veranlagte Einstellung, als Suchender, Fragender. Der verlangt von der Zeit nicht die Welt seines Alters; der will die Welt der Jugend, die Welt der Freiheit, die Welt des kämpfenden Glaubens. Der versteht auch, daß seine Zeit vielleicht ein grundständig Neues erstrebt, daß er am Beginn steht einer von Grund auf neuen Periode der Welt. Und der weiß dann, daß er in sich eine historische Verantwortung gegen seine Zeit hat.

Und wenn auch jede Bewegung um die Jugend kämpft, die Jugend gehört nur in die Bewegung, die im Sinne dieser geschichtlichen Aufgabe der Jugend gerichtet ist: Wo die revolutionäre Gestaltung des Lebens im Sinne einer neuen, besse-

ren Periode der Menschheit steht, da ist kein Platz für die Jugend. Nicht reden und predigen, sondern gestalten und formen! Das Leben bilden! Und darum nicht abstrahieren und philosophieren und moralisieren, sondern ins lebendige Dasein, in den Kampf um die Wirtschaft, in das Ringen um das Recht auf Existenz hinein und aus diesem Kampfe um den Menschen heraus die neue Ethik, die neue Philosophie, die neue Religion, die neue Geschichte, die neue Zeit!

Hier ist der Kampfplatz für die Jugend. Hier diesen Kampf um die Existenz, als der Voraussetzung zum Menschen, durchzuführen mit dem lebendigen Idealismus einer lebenden Seele, hier in diesen wirtschaftlichen Kampf des Alltags hineintragen die Idee der Freiheit und aus diesem organischen Wurzelgessen im Boden des Rechts heraus blühen lassen den Menschen, den neuen Menschen, das ist jugendliche Tat! Das ist die heilige Aufgabe der Jugend.

Nicht links und nicht rechts! Nur hier ist der Weg! Nicht von Altem. Aber auch nicht mit leeren, großen, schleinrevolutionären Worten reden von Neuen. Der neue Geist verbunden mit der Wirklichkeit. Aus der Wirklichkeit der Gegenwart organisch herausreifen, voll stürmenden Mut und doch im klaren Bewußtsein des Zwanges der Verhältnisse.

Auch Perioden werden. Auch Perioden verlangen zum Reizen Zeit. Aber sie können nur werden, wenn der große, lebendige Geist vorhanden, der in Perioden zu führen und zu denken vermag, wenn lebendige Seele vorhanden, aber die große lebendige Seele, die sich nicht in Kleinigkeiten und Wahnmut verzehrt, sondern Großem lebt, in dem großen Gedanken, in dem großen Sinn der werdenden neuen Periode der Menschheit.

Und Jugend ist die Seele dieser Periode, Jugend, ob an Jahren alt oder jung. Junge Menschen verlangt die werdende neue Zeit, glückselig die Menschen mit voller Seele und leuchtendem Blick, denn nur so kann die neue Zeit groß werden.

Die Kunst im Arbeiterheim.

Ueber die Schauer des schmachtenden Niederganges der deutschen Kultur spricht der schönheitsdürstige, werkschaffende Arbeiterstaat wie sonnendurchflutetes Meeresland eine hohe Kulturidee. Hebung von Kultur und Bildung hat sich die im Jahre 1921 von den vier Organisationen des graphischen Gewerbes ins Leben gerufene Genossenschaft Volkshilfsverein „Das Bild“ zum Ziele gesetzt. Durch Ausschaltung jedes Kapitalgewinnes ist es den minderbemittelten Volksgenossen möglich gemacht, sich mit den Werken alter und neuer Meister der bildenden Kunst vertraut zu machen. Wie die Volkshilfsvereine der Arbeiterklasse das gute Theater zugänglich machen, Gewerkschaften und Bildungsausschüsse der politischen Parteien durch Veranstaltungen von Kunstabenden, Konzerten und wissenschaftlichen Vorträgen nachstreben, das, das Bildungsniveau der Arbeiterklasse nach Kräften zu heben, so gefestigt sich der Volkshilfsverein „Das Bild“ als weiteres Glied in den Kämpfen der Arbeiterklasse um einen Kulturgenuss. Kunst erleben und Wissen schöpfen heißt nicht, mit dem einen wie mit dem andern mühsame Freuden für mühsame Stunden erwerben, sondern jene innere Freiheit, jene persönliche Reife und höhere Ethik, die wir für die Menschheit der Zukunft erstreben. Ein grauenvolles Unkultur hat in erschreckendem Maße in den Volksmassen Platz gegriffen und beherrscht zurzeit

Weltpolitische Chronik.

Was werden die weltpolitischen Folgen des Regierumswechsels in England, der Wadtergreifung durch die konservative Partei sein? Die neue Regierung, deren Mitglieder übrigens nicht dem rechten Flügel der Partei entstammten wurden, wird gegenüber dem europäischen Kontinent die Politik der Zurückhaltung über Gegenüber Deutschland wird sie zwar weiter auf eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage drängen, jedoch nicht im Geiste einer Wälterveröhnung, sondern lebhaft durch wirtschaftliches Interesse geleitet. Sie wird deshalb auf Deutschland das Möglichste herausholen und der Wälterherstellung der deutschen Wirtschaft mit Hilfe englischer Kapitalisten Hindernisse in den Weg stellen. Sie wird die durch Macdonald bewirkte enalische Annäherung an Frankreich zwar nicht preisgeben, sie aber keineswegs vertiefen. Rußland gegenüber, das gegenwärtig für die englische Industrie infolge seines Kapitalmangels und seines politischen Systems kein entsprechender Absatzmarkt zu sein scheint, wird die Haltung eine gleichgültige, wenn nicht feindselige sein. Dem Wälterbündnis um Garantievertrag steht die konservative Regierung nicht freundlich gegenüber; keineswegs wird sie die englischen Seestreife in den Dienst des Wälterbündnisses stellen, wie dies von Lord Balfour in Genf zugesichert wurde. Innerhalb des britischen Reichs wird aber die konservative Regierung eine mehr aktive Tätigkeit entfalten können als ihre Vorgängerin, die sich in dieser Beziehung infolge ihrer Wälterheit im Parlament gebunden fühlte. Baldwins Hauptprogramm ist die Herbeiführung eines näheren Verhältnisses zwischen dem Mutterland und den Dominions, das er mit verschiedenen Mitteln, u. a. durch Vorzugsgüter fördern möchte. Ja, es ist möglich, wenn auch nicht sehr wahrscheinlich, daß das brennende Problem Indiens unter der konservativen Regierung besser behandelt — wenn auch keineswegs gelöst — werden wird als unter Macdonald. In diesem Punkt kann man die Regierung Macdonalds von großen Hoffnungen nicht freisprechen.

Der Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahl, die den bisherigen Präsidentsen Coolidge an seinem Posten belassen hat, bedeutet das Weiterbestehen des bisherigen Kurses in der Weltpolitik. Dessen Hauptzüge sind: Förderung der Lösung der Reparationsfragen, insofern und solange dies Amerika keine Opfer kostet und überschüssige amerikanische Kapitalien vorhanden sind, die in Europa eine Anlage suchen. Förderung des Abtrünnungsgebanntes innerhalb der Grenzen, die die unveränderte Führung einer imperialistischen Politik des amerikanischen Finanzkapitals in Mittel- und Südamerika und in Asien weiter gestalten. Bei der unbeschränkten und von Coolidge sanktionierten Macht des Monopol- und Finanzkapitals werden die Interessen der letzteren bei jeder Frage den Ausschlag geben.

Frankreichs Außenpolitik der letzten Zeit zeichnete sich durch folgende Tatsachen aus. Das Verhältnis zu Deutschland wird von der französischen Regierung immer freundschaftlicher gestaltet, sowohl was den Ton wie die Handlungen anbelangt. Bei den Handelsvertragsverhandlungen, an denen allerdings Frankreich mehr Interesse hat als Deutschland, kam die veränderte Grundhaltung am besten zum Ausdruck. Außerordentlich wichtig ist die Anerkennung Rußlands durch Frankreich, das bekanntlich früher der größte Gläubigerstaat Rußlands war. Die wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Folgen der Anerkennung sind einstweilen noch nicht abzusehen. Die ethisch-moralische Schulfrage und die Aufhebung der französischen Geländekasse am Balkan hat die französische Regierung in Gegenstand zum Papst gedrückt, was innerhalb Frankreichs unter Umständen zu einem Kulturkampf führen kann, außenpolitisch sich aber in den französischen Kolonialkriegen und Asien, wo die katholischen Missionare eine große Rolle spielen, auswirken kann. Unter Führung Willerands wurde eine neue reaktionäre Partei gebildet, die in der Weltpolitik den Geist des Militarismus und der Gewaltspolitik mit einem noch schärferen Druck als dies vom Nationalblock geschah, vertreten soll.

In einer Anzahl europäischer Länder stehen neue Wahlen bevor bzw. laudigen Kräfte auf, die zu neuen Wahlen führen können. In Deutschland steht die Wälterbewegung zum Reichstag auf ihrem Höhepunkt. Der Ausgang der Landtagswahlen in Anhalt berechtigt uns zu dem Schluß, daß sich die reaktionäre nationalistische Welle vom 4. Mai bereits überschlagen hat. Die Mehrheit des Reichstags, die am 4. Mai noch sehr beträchtlich war, ist jetzt

in die Minderheit geraten. — Der Eisenbahnerstreik in Oesterreich hatte die österreichische Regierung zu Abänderung veranlaßt, die unter Umständen zu Auflösung des Reichstags und Neuwahlen führen kann. Da die Forderungen der Eisenbahner äußerst geringfügig sind und es ausgeschlossen erscheint, daß die Ablehnung dieser Forderungen aus rein finanziellen Gründen geschah, so ist anzunehmen, daß der Bundeskanzler es auf eine Neuordnung der Wälterverhältnisse im Staat abgesehen hat, die unter Umständen durch Neuwahlen in die Wege geleitet werden soll. Mehrfache Urteile werden vielleicht in Holland bald zur Auflösung des Reichstags führen. Die öffentlichen Angelegenheiten, deren Gehälter wiederholt herabgesetzt wurden, fordern angesichts der sehr verbesserten Finanzlage des Staates Gehaltserhöhungen und es ist anzunehmen, daß die Regierung in dieser Frage übermisst wird. Dasselbe Schicksal wird der belgischen und polnischen Regierung für die nahe Zukunft vorausgesehen. Beide sollen wegen Steuerfragen gestürzt, und zwar die belgische durch die Links-, die polnische durch die Rechtsparteien.

Aus Spanien kommen Berichte über revolutionäre Bewegungen, deren Ausmaß und Bedeutung infolge der staatlichen Zensur nicht beurteilt werden kann. Es ist möglich, daß der längst erwartete Aufstand in Katalonien, wo eine unterdrückte nationale Wälterheit ihn von langer Hand vorbereitet hat, zum Ausdruck kommt. Der Diktator Primo de Rivera selbst weiß noch auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz. Das marokkanische Abenteuer soll liquidiert werden, wenn auch einmütigen in verfallener Form. Die Streitkräfte werden aus dem Innern Marokkos zurückgezogen und es werden nur an der Küste innerhalb der besetzten Zonen und unter dem Schutz von Kriegsschiffen Garnisonen in Marokko bleiben.

Im chinesischen Bürgerkrieg scheint die Niederlage der Peking Regierung bzw. des hinter ihr stehenden Reichsherrn Wu-Wei-yu besiegelt zu sein. Der Gouverneur Mandchuriens ist mit Hilfe eines christlichen Generals Sieger geblieben und soll jetzt mit dem Radikalen Sunjatsen, der im Süden die Macht inne hat und im Kampf als sein Verbündeter erschien, in Peking zusammentreffen, um über die künftige Vereinigung Chinas zu beraten. Die wirkliche Bedeutung des Bürgerkrieges ist eben die große Möglichkeit einer Vereinigung Chinas unter eine Zentralgewalt. Deshalb wird sie von den Großmächten England, Frankreich und den Vereinigten Staaten, die eine Einigung gern hindern würden, argwöhnisch verfolgt; deshalb enthalten sie sich einer Einmischung, die den Sieg und damit eine Vereinigung Chinas unter Führung der einen oder der anderen Partei herbeigeführt hätte.

Schadenerfahrlage gegen eine An'egerin.

50 Mark Schadenerfahrlage glaubte eine Kölner Firma einer Kollegin abverlangen zu können, weil sie während des Anlegens am Tiegel den Druck eingestellt hatte. Dem unberechtigten Anspruch lag folgender Tatsachenbestand zugrunde: In einer Tiegeldruckpresse wurde eine Stanze eingerichtet, die sechs Millimeter höher als die Schriftgröße war. Die Wältermeister machte auf die Unmöglichkeit der Zurichtung aufmerksam. Trotzdem wurde die Stanze zum Anlegen nur möglich bei Nichtansetzen des Druckes. Der Anlegerin wurde eingehend eingeschärft, unter keinen Umständen beim Anlegen den Druck einzustellen. Wie für jeden Sachkundigen vorauszusetzen, war nach einer Auflage von 500 Blättern der Druck aber doch eingestellt und der große Zusammenbruch natürlich da. Unvorsichtigerweise war nur die Greifvorrichtung zerbrochen und das Stanzenmesser mit Zerschneidung in den Tiegel einzierungen. Niemand, als die An'egerin, konnte natürlich für den Schaden haftbar gemacht werden — wenn — ja, wenn die böse Organisation nicht gewesen wäre.

Auf deren Anraten lehnte die Kollegin jede Schadenerfahrlage ab. Daraufhin erhob die Firma Klage beim Gewerbeamt zu Köln und beauftragte einen Juristen mit der Wahrnehmung ihrer Interessen. Erster Schlichtungstermin blieb ergebnislos, da Einigungsantrag von der An'egerin abgelehnt werden mußte. In der Hauptverhandlung machte der Vertreter der Firma geltend, die Arbeiterin sei um Ersatz des Schadens, der sich auf rund 100 Mt. belaufe, wenigstens zur Hälfte verpflichtet, da sie eine Arbeit verrichtet habe, die ihr verboten worden sei. Außerdem sehe die Arbeitsordnung der Firma vor, daß die Arbeiter Schadenersatzpflichtig für absichtlich oder fahrlässig verdorbene Arbeiten oder Mißbefehrender Anfang. Weitergehende Ziele hatten des Interesses und der fördernden Mitarbeit aller wertmäßigen Volksschichten.

Die Bildungsausweise, die Verlagsanstalten und Buchhandlungen der Sozialdemokratischen Partei, der Volksbühnen, der Konsumgenossenschaft, des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Deutschen Holzarbeiter usw. in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Breslau und anderen Städten haben sich der Genossenschaft angeschlossen bzw. ihre Einrichtungen zum Betrieb der Drucke zur Verfügung gestellt. Gewerkschaftsartelle, Vereinigungen usw., die sich für den Betrieb der Wälter interessieren, wollen sich an die Geschäftsstelle der Genossenschaft, Berlin-Marienthorp, Kurfürststraße 19, wenden, die sofort jede Auskunft erteilt. Durch die Ausschaltung jeglichen Gewinnes ist ein Preis möglich gemacht, der es den nichtermittelten Volksschichten gestattet, die Wälter als Wandbilder in geeigneter Rahmenung wie zur Sammlung in Wappenform zu erwerben und den Kulturkampf des wältermässigen Zeitalters, den beschämenden Schand, der selber noch immer die Wände der Arbeiterwohnungen „ziert“, zu verdrängen. Wird das Unternehmen auf solche Weise wirtschaftlich der Lage der Arbeiterchaft angepaßt, so soll es kulturell dem Bedürfnis unterer Kollegen und Kolleginnen entsprechen gestaltet werden durch eine dem Volksempfinden gemäße Auswahl der Werke.

Darum muß sich die gesamte Arbeiterchaft auch hinter diese Organisationsstelle stellen. Auch sie ist ein Teil ihres Kampfes. Nicht ohne Zweck und Absicht haben sie sich verbunden. Für die Klassen das Proletariat von aller Kultur ferngehalten, seiner Gestalt, seiner Innenseelen, seines kulturellen Bewusstseins — alles Eigenschaften die durch edles Kunst-erleben gefördert werden — sind gleichfalls Verbedungen des Erfolges und Aufstieges der Arbeiterklasse.

lassen seien. Der mitgebrachte Zeuge der Firma, der betreffende Maschinenmeister bezeugte, daß er die Anlegerin wiederholt darauf aufmerksam gemacht habe, ja nicht an den Druckeinstellung zu gehen, was je gewohnheitsgemäß aber doch getan habe.

Der Organisationsvertreter stellte mit Genehmigung des Vorsitzenden dann aber eine Reihe von Fragen an den Zeugen, die dieser zur ausschlaggebenden Belastung der Firma beantwortet mußte:

1. „Ist die Firma vor der Gefahr der Einrichtung der zu hohen Stanze gewarnt worden?“ — „Ja.“
2. „Konnte die Stanze nicht in eine andere Maschine etwa in der Buchbinderei eingerichtet werden?“ — „Ja.“
3. „War der Firma bekannt, daß die Schutzvorrichtung nicht in Ordnung war, wodurch die Gefahr der schwersten Handverletzung gerade beim Anlegen dieser Arbeit wesentlich erhöht wurde?“ — „Ja.“
4. „Konnte der Einstellhebel oder wenigstens der Knopf nicht abgeschraubt werden, um das gewohnheitsgemäße An- und Abstellen des Druckes auf die einfachste Art zu unterbinden?“ — „Ja.“
5. „Gibt der Zeuge zu, daß ihm das Anstellen des Druckes genau so wie der Anlegerin hätte passieren können?“ — „Ja.“

Nachdem diese Fragen beantwortet und der Zeuge der Firma zum Zeugen unserer Kollegin geworden war, wies der Organisationsvertreter noch auf die Gefährdung des Lebens und der Gesundheit bei Einrichtung einer solchen Druckform hin. Unachtsamkeit am Tiegel seien keine Seltenheit. Verlage die Schutzvorrichtung und die Hand komme zwischen Form und Tiegel, ohne den Druck abstellen zu können, sei eine vollständige Zerquetschung der Hand unausweichlich. Mit hin sei es unerantwortlich von der Firma gewesen, die betreffende Form am Tiegel einrichten zu lassen. Gewerbeamt und Berufsgenossenschaft habe sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Väterlich sei der Einwand, die Anlegerin habe eine Arbeit verrichtet, die ihr verboten worden sei, denn die Anlegerin lerne das Bedienen des An- und Abstellhebels zur Lieferung einwandfreier Arbeit. Bei unrichtiger Anlage eines Bogens sei das Abstellen des Druckes so gewohnheitsgemäß, als etwa das Anhängen einer Last an der Schreibmaschine. Man befehle einer Stenotypistin, sie dürfe aus irgendwelchen bestimmten Gründen einen bestimmten Buchstaben nicht anschauen, das würde ihr vielleicht 98 mal gelingen, um beim nächsten Male doch die verhängnisvolle Last zu berühren. Bei die durchschlagenden Beweisen wurde es dem Juristen immer ungemütlich. Vorsitzender und sämtliche Beisitzer des Gewerbeamtes rieten ihm, die Klage zurückzugeben, da er durch Spruch nur die kostenpflichtige Abweisung der Klage zu erwarten habe. Nach kurzer Unterredung mit dem Geschäftsvertreter wählte er die Zurücknahme der angelegten Klage als den besten Teil der Tapferkeit. Der arme Maschinenmeister, der nur die Wahrheit gesagt hatte, hatte nach seiner Ansicht allein nur schuld an unrichtigen Ausgang der Verhandlung.

Der Kollegenrat mag vorstehendes ein kleiner Beweis sein, daß die Organisation sich nicht nur für Besserung der Lebensbedingungen, sondern auch der Wahrnehmung der Rechte ihrer Mitglieder einsetzt.

Die Jagd nach dem Käufer.

Es war einmal, es klingt heute fast wie ein Märchen, es war einmal eine Zeit, als Frauen, Männer und Kinder bei Regen und Sonnenschein, bei Hitze und Kälte in langen Schlangenlinien in den Straßen vor den Lebensmittelgeschäften um ein bißchen Ware anstanden. Oftmals, wenn die Armen stundenlang gestanden hatten, erschien an dem Schaufenster ein Plakat mit der Aufschrift: „Heute kein Verkauf!“ Das Telephon hatte vielleicht die Nachricht gebracht, daß der Dollar nach oben geschneilt war.

In jener Zeit rief man sich die Ware aus den Händen, und Laufende, die die Ware bitter benötigten, gingen leer aus. Mit leeren Tauschen gingen oft die Hausfrauen heim, Flüche und Bervünschungen gegen die Besitzer der Ware ausstehend.

Der Jagd nach der Ware folgte jetzt die Jagd nach dem Käufer. Die Tageszeitungen sind nicht nur mit Anzeigen gefüllt, nein, sie sind zu Annoncenpaketen geworden. Wenn die Entlohnung so weiter geht, müssen die Zeitungen nächstens in Legionsstärke erscheinen. Wenn wir die Zeitung während in die Ecke geworfen haben und auf die Straße treten, stehen uns Männer zettel in die Hand; von den Vorkäufen schreien uns riesige Plakate irgendwelcher Verkaufsankündigungen entgegen. Ganze Hausgiebel ergötzen von der besten Schokolade. Große Lastkraftwagen, die langsam durch die Straßen rollen, empfehlen uns die beste Margarine, die billiger als die beste Butter sein, dafür aber um so besser schmecken soll.

Um jene Straßenecke blickt ein Trupp müder, alter Männer, die riesige Tafeln schleppen, auf denen die Aufzählung steht, ein neu gegründetes Geschäft zu besuchen. Sehen wir uns auf der Straße um, so fallen uns ohne Zweifel auch die vielen Männer mit Handblasen und Koffer auf, die sogenannten Stadtverleumdern, die von Geschäft zu Geschäft rufen und ihre Ware anbieten. Niemand glaubt so ihren Lebensunterhalt erwerben zu können. Obwohl sie an alle Türen klopfen, geben sie nach vornehmlichen Umherirren das Können auf, wenn die letzten Stiefelsohlen durchgelaufen und der letzte Nagel zerissen ist. Oftmals haben sie keinen Penny verdient.

Doch der Weltkometeufel verfaßt uns immer. Große Scheinwerfer werfen abends die Namen von großen und kleinen Verkaufsgeschäften auf die Trottoirs. In Sekundenschnellen erscheinen in Familienbüchern die Namen bekannter Firmen an großen Geschäftshäusern. Flugzeuge surren durch die Luft und schreiben wie mit Geshochmittel und feurigem Stift den Namen des neuesten Schubmittels oder Rahmwassers an den schwarzen Himmel. Du flüchtst in den Kintopp. Von der Leinwand, es ist gerade Pause, strahlt die irgendwelche billige Ausnahmewende entgegen. Während tritt man wieder auf die Straße, dort an der nächsten Ecke steht ein Mann auf einem Wagen und schreit, wie ein Auarier nach dem Schutzfall schreit, seine Ware sei die beste, nur seine Firma verleihe an jeden Käufer.

Ja, merkwürdig, erst wollten sie nicht verkaufen, jetzt „verschänken“ sie, dieser Kaffee, jener Zucker, einer Automobilie der andere Schlafzimmer, wenn, ja, wenn man sonst den andern Krampel mitaufst.

Wohnungen und Heime der Arbeiterchaft. Die industrialisierte Massenware, schandbarer Kitz, die den „Kunstmärkten“ überwiegen, macht sich breit in jeder Form und läßt den gefunden Kunstschmack der Arbeiterchaft nicht zum Durchbruch kommen. In einer Zeit ihres mächtigsten Aufstrebens, in der die arbeitende Klasse bereit gewesen wäre zum Empfang reichlicher Kunstschmückung und zum erlebnisreichen Mitschaffen, wurde sie verflucht mit unwürdigem Schand.

Der Volkstumsvorlag „Das Bild“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, hier Breche zu schlagen. Schätze der bedeutendsten Meister der bildenden Künste aller Kulturepochen sollen in vornehmen, originalgetreuen Wiedergaben herausgegeben werden. Ausgewählt von hervorragenden Künstlern und Kunstgelehrten, werden die Reproduktionen nach dem Original mit den neuesten Erfindungen der Reproduktionstechnik von ausserordentlich feinen mit Liebe und Freude am Werke in den Kunstwerkstätten der Reichsdruckerei in farbigen Lichtdruck herzustellen. Sieben reizvolle, zum Teil originalgroße, farbenprächtige Bildwerke sind bereits erschienen, und zwar: 1. Paul Cézanne, Stillleben (Blumen und Früchte) 45 cm hoch, 57 cm breit, 10.— Mt.; 2. Richard Schickel, Der Rosenkranz (Motiv aus Brüssel) 56 cm hoch, 65 cm breit, 10.— Mt.; 3. Karl Spilwacz, Straße in Venedig, 31 cm hoch, 15,5 cm breit, 5.— Mt.; 4. Karl Spilwacz, Der Aktusfreund, 29,5 cm hoch, 16,2 cm breit, 5.— Mt.; 5. Adolf v. Menzel, Das Balkonzimmer, 56 cm hoch, 45 cm breit, 10.— Mt.; 6. Paul Cézanne, Landschaft aus der Provence, 52,8 cm hoch, 66,7 cm breit, 10.— Mt.; 7. Richard Schickel, Landschaft aus Belgien, 56 cm hoch, 62 cm breit 10.— Mt. Neben der Bilder wird eine von den bekannten Kunsthistorikern Professor Dr. J. G. Kern, Dr. Max Dert und Hans Gieseler verfaßte, künstlerisch-ästhetische Einführungsgreif mitgeliefert. Dies ein

Man merkt, es liegt System in der Sache, es wird dem Käufer irgendeine Ware so lange als die beste vorgebere, vorgebrudt, vorgeflint, vorgepunkt oder vorgeflunkert, bis man an die Güte der Ware glaubt, wenn es auch der größte Mist ist. Selbst wenn dir nach allem ein seitliches Bedürfnis ankommt und du suchst jenseits kleiner verstaubte Häuschen auf, dann laßt dich von der Wand jenes Blakats mit der Inzucht: In der Wirkung unerreicht entgegen.

Und wer bezahlt das alles? Die Summen zählen nach Millionen, die auf diese Weise verpulvert werden. Die Konsumenten müssen sie aufbringen — denn den Beuten stehen die Hunde. —

Die organisierten Konsumenten aber sollen wissen, daß sie in ihrer Genossenschaft unerschöpfte Ware zu den billigsten Tagespreisen bekommen.

Für die Betriebsräte.

Früher entlassen, welche Nichtigkeit den Unternehmern Grund zur fristlichen Entlassung gibt, zeigt eine Klage vor dem Gewerbegericht in München. Eine Arbeiterin wurde wegen Diebstahl plötzlich entlassen, weil sie einen bereits verwendeten Packbogen zu sich gesteckt hatte. Sie stellte Klage. Vor dem Gewerbegericht wurde festgestellt, daß das betreffende Papier im Bureau frei umhergelegen hatte, vollkommen zerkratzt und deswegen auch unbrauchbar war. Der Prinzipal wendete ein, daß er dieses Papier nochmals verwenden wollte, und außerdem der Ansicht sei, wer sich solche minderwertigen Sachen aneigne, auch Besseres festzuhaben. Das Gericht fand keine unrechtmäßige Handlungsweise, da derartige Papier, wenn nicht anders bestimmt, in den Abfall geworfen werde. Zudem stehe die Klägerin schon seit langer Zeit in Stellung bei dieser Firma und wurde sonst als zuverlässig und gewissenhaft bezeichnet. Die beklagte Firma hatte 14 Tage Lohnentziehung, Gesamtschulden und Gerichtskosten zu bezahlen. Außerdem wurde die Firma zu 50 Mk. Ordnungstrafe verurteilt, weil sie der Gerichtsabgabe nicht rechtzeitig Folge geleistet hatte.

Verzicht auf den Säuh der §§ 96, 97 B.R.G. Das Gewerbegericht in Pirmo hat, wie wir der „Verbandszeitung“ entnehmen, am 20. Februar 1924 die Klage eines Betriebsratsvorsitzenden auf Wiedereinstellung abgewiesen, der entlassen worden war ohne Zustimmung des Betriebsrats. Die Klage wurde abgewiesen, weil das Gericht in der vorbehaltenen Annahme des Zeugnisses bei der Entlassung einen Verzicht auf den Säuh der §§ 96, 97 B.R.G. erlöschte. Ende November 1923 hatte der Betriebsratsvorsitzende sein Zeugnis erhalten. Aus diesem mußte er erkennen, daß er entlassen war. Es wäre keine Pflicht gewesen, unvorsätzlich gegen die Firma vorzugehen. Das ist nicht geschehen, erst am 15. Januar 1924 hat er seine Klage beim Gericht eingereicht. In dem Verhalten des Klägers liege unverkennbar die stillschweigende Einverständserklärung mit seinem Austritt aus dem Betriebe unter Verzicht auf die Geltendmachung seiner Rechte aus § 96 B.R.G. Für die Wiedereinstellung in den Betrieb aus § 96 B.R.G. arundios auf beliebig lange Zeit nach seiner formellen Entlassung hinauszusetzen. — Also, Betriebsräte, bei Kündigung sofort Einspruch einlegen und bei Entlassung die Arbeitsleistung anbieten.

Aus dem Steindruckgewerbe.

Kanfstatt.

Bei der Veröffentlichung der Steindrucköhne in letzter Nummer sind versehentlich die Löhne für die Kolleginnen weggelassen worden. Wir holen das nach. Die Wochenöhne betragen bei 48stündiger Arbeitszeit für

Anlegerinnen	25,44 Mk.
an Radiermaschinen, die nicht an Druckmaschinen anlegen können,	
erhalten	24,96
Hilfsarbeiterinnen über 28 Jahre	22,56
von 20—23 Jahren	21,00
18—20	20,16
16—18	18,72

Diese Löhne werden gezahlt nach vierwöchiger Berufstätigkeit. Während der ersten vier Wochen betragen sie 10 Proz. weniger. Diese Bestimmung bezieht sich auch auf die Löhne der männlichen Hilfsarbeiter.

Rundschau.

Achtstundentag-Propaganda durch Postkarten. Vor wenigen Tagen erst der Film — nun auch die Bildpostkarte als Propagandamittel für den Achtstundentag! Etwas langsam zwar, aber doch sicher kommen wir auch in der deutschen Arbeiterbewegung dazu, die Mittel zur Förderung unserer Ideen in Anwendung zu bringen, die sich in anderen Ländern und andern Parteien längst als wirksam erwiesen haben. Es müßte also sonderbar zugehen, wenn nicht auch wir damit Erfolg erzielen sollten.

Vor uns liegen zwei Serien Postkarten zu je 4 Stück (Schwarzweiß-Zeichnungen und Scherenschnitte) von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, herausgegeben, künstlerisch einwandfrei und in Zeichnung und Text durchaus geeignet. Klagen und Sinne auf die kulturelle Bedeutung des Achtstundentages hinzulenken. Denkende Arbeiter sollten sich bei Karten bei jeder passenden Gelegenheit bedienen, um Gleichgültige aufzurütteln.

Ein bedauerlicher Mangel der proletarischen Lebensführung wird in Rußland von der bolschewistischen „Pravda“ beklagt. „Hier und Schnaps“, schreibt sie, „beginnen die Arbeiterviertel zu überflutet. Die Sitten, an denen Bier ausgeschenkt wird, wachsen wie Pilze aus der Erde, und der Schnaps fließt in Strömen.“ Trotz aller Bekämpfung der Trunksucht greift diese immer gewaltiger um sich und reißt immer mehr Arbeiter und Angestellte in ihre Arme, wie die „Pravda“ schreibt.

Das ist hier so wie in allen Fragen der Lebenshaltung, daß ein gewisser kultureller Rahmen die Voraussetzung ist. Eine Befähigung der Begehren der alten Welt genügt zu einer neuen Lebensführung nicht. Eine neue Lebensführung setzt nicht nur einen neuen wirtschaftlichen Boden, sondern

eine neue innerliche Kultur voraus. „Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken“. Je größer das Kulturziel des Wirtschaftstages im Menschen erlebt wird, um so stolzer vermag er in seinem ganzen Wesen aus dem Alltag herauszuragen. Der mächtigste Erziehungsfaktor im Bekämpfen ist pestilentes Schöpfungserium.

Die einmalige Sonderauszahlung von 8 Mk. für verheiratete männliche Arbeiter und 6 Mk. für ledige männliche Arbeiter und für alle Arbeiterinnen muß nach dem Wortlaut des verbindlich erklärten Schiedsspruches vom 8. November am 5. Dezember erfolgt sein. Diese einmalige Auszahlung darf nicht gestoppt werden nach Alters- und Ortsklassen, was verschiedene Unternehmer versucht haben. Die Summe muß in ihrer vollen Höhe zur Auszahlung gekommen sein, wie oben angegeben. Auch den Lehrlingen steht nach der neuesten Entscheidung des Schlichters die einmalige Sonderzulage von 6 Mk. zu.

Im Namen des Privatgenossenschafts gegen eine genossenschaftliche Gartenstadt. In der Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ wird zur Charakterisierung der kapitalistischen Regierung Belgiens folgender Fall mitgeteilt: „In Florenz bei Brüssel haben die Arbeiter Belgiens eine sozialistische Gartenstadt errichtet. Die erste rote Stadt des belgischen Landes. Man konnte die Errichtung nicht hindern“ denn dazu gab es keine gesetzliche Handhabe. Deshalb versucht man nun den Geist zu vernichten, der die Idee dieser Stadt geboren hat. Man fordert unter der Drohung: sonst stelle man jede staatliche Unterstützung ein, daß die Häuser nicht Eigentum der Genossenschaft bleiben dürfen, sondern an die Mieter verkauft werden müssen, „da sonst die Idee des Privatgenossenschafts durch solche Eingriffe gestört und in der Fortentwicklung der Massen verdrängt werden könnte.“ So schwach sieht sich der Kapitalismus heute in einem monarchistischen Land, das Militär und Marine hat, und mit solchen Mitteln arbeiten herliche Minister gegen die Ideen, die nicht nur sozialistisch, sondern auch christlich sind.

Aufwertung von Sparkasteneinlagen. Die dritte Steueranordnung vom 14. Februar 1924 legt in ihrem § 7: „Sparkasteneinlagen, die bis zum 31. Dezember 1924 bei der Aufwertungstelle angemeldet sind, werden in der Weise aufgewertet, daß die Teilungssumme von einem Treuhänder unter die Gläubiger verteilt werden wird.“

Ueber das Maß der Aufwertung sind allgemeine Vorschriften nicht erlassen, vermutlich werden sehr unterschiedliche Bestimmungen Platz greifen. Sondern es empfiehlt es sich, die Frist für die Anmeldung nicht zu versäumen. Die Anmeldung erfolgt zweckmäßig unter Vorlegung des Sparkasteneinbuchs. Sie kann mündlich oder schriftlich erfolgen und ist auf Verlangen zu bescheinigen. Die Aufwertungstelle ist in der Regel die Sparkasse, doch sind in manchen Ländern auch andere Stellen als Aufwertungstellen bezeichnet.

Für eine Arbeiterbank in England. In der Gewerkschafts- und Arbeiterpresse Englands wird der lebhafteste Wunsch nach Gründung einer Arbeiterbank geäußert. Diese soll die gewerkschaftlichen Mittel, die gegenwärtig zum größten Teil bei den Privatbanken liegen, verwalten. Die Fonds der englischen Gewerkschaften werden auf 15 Millionen Pfund — an die 300 Millionen Goldmark — angeschlagen. Während der Wirtschaftskrise, bei Arbeitskämpfen, kann die Arbeiterbank den Gewerkschaften ganz anders zur Verfügung stehen als die Privatbanken. Die Arbeiterbank soll auch die Gründung von Arbeiterbüros im Baugewerbe und anderswo fördern und Hilfe mit Kredit vorsetzen. Die Grobkreditanstalt „Lestrich“ treibt über eine Bankabteilung, die von Gewerkschaften vielfach in Anspruch genommen wird. Es wird empfohlen, daß die Arbeiterbank unter Teilnahme der Großgenossenschaftsbank gegründet werden soll.

Unfall, Alter und Geschlecht. Die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt hat die unfallstatistischen Ergebnisse ihrer ersten fünfjährigen Wirkungszeit mitgeteilt. Für die Altersgruppen von 25 bis 60 Jahren ergibt sich eine überraschende Steigertendenz in den Werken der Unfallhäufigkeit. Bei den jugendlichen Versicherten wurde hingegen eine wesentliche höhere Unfallhäufigkeit festgestellt. Der jugendliche Unvermut und die Unersparenheit sind gefahrerregende Momente. Die Heilungsdauer steigt mit dem wachsenden Alter an. — Die Betriebsunfälle männlicher Personen zeigen eine mittlere Heilungsdauer von 17,3 Tagen in der Altersgruppe bis zu 19 Jahren und eine solche von 32 Tagen in der Altersgruppe von 60 bis 64 Jahren. Die Heilungsdauer beim weiblichen Geschlecht ist kürzer als jene beim männlichen. Diesen Umstand kann man nicht auf biologische, sondern nur auf soziale Ursachen zurückführen. Die leichtere weibliche Arbeit hat nämlich weniger ernste Verletzungen zur Folge als die schwerere männliche.

734 Millionen Mark — die jährliche Belastung des Konsums durch Weizen- und Roggenzölle. Auf diese Summe wird von Dr. Ritter in der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ die jährliche Belastung des Konsums durch die Weizen- und Roggenzölle geschätzt, wenn sie in der geplanten Zollhöhe erhoben werden, nämlich 550 Mk. für Weizen, 5 Mk. bei Roggen. Er nimmt dabei an, daß die gegenwärtige unglaublich niedrige Verbrauchsquote, pro Kopf 91,9 Kilogramm Roggen und 47,6 Kilogramm Weizen gegenüber 153,1 Kilogramm Roggen, 95,8 Kilogramm Weizen pro Kopf der Bevölkerung vor dem Krieg, sich wieder auf den Vorkriegsstand erhöht. Das Argument, nach welchem die Getreidezölle unter Umständen vom Ausland getragen werden können, ist, erstens für die Vergangenheit nicht maß, da vor dem Krieg — wie leicht nachzuweisen ist — 73 Prozent der Weizen-, 84,6 Prozent der Roggenzölle von den inländischen Konsumenten getragen wurden, zweitens ist es widerspruchsvoll, da der Schutzoll den angeblich hilfsbedürftigen deutschen Landwirten nichts hilft, wenn er vom Ausland getragen wird, denn in diesem Fall würden sich die Inlandspreise nicht heben, drittens würde auch das Ausland einen Teil des Schutzollstrahles tragen, so nur zur Zeit des Getreideüberflusses am Weltmarkt, also in einem Zeitpunkt, wo die Preise auch sonst niedrig sind. Der Schutzoll würde dann eben zu der Zeit, wo auch die Inlandspreise niedrig sind, nichts nützen. Hierens: Vor dem Krieg waren die Getreidezölle durch Verträge mit den einzelnen Staaten herabgesetzt, dennoch wurden sie von Inland getragen. Werden jetzt die hohen Tarife erhoben, so wird das Ausland noch weniger geneigt sein, die Lasten für Deutschland zu tragen. Aber hat vom Getreidezoll einen Nutzen? Reineswegs die 887 030 Kleinbauernhöfe mit zwei bis fünf Hektar, die eher Schaden davon hätten, noch die 930 963 mittleren Bauernhöfe. Es kommen nur 19 024 Rittergüter mit über

100 Hektar und unter Umständen die 230 408 Großbauernhöfe mit über 20 Hektar in Betracht, welche Getreide auf den Markt bringen. Es höher der Preis, um so höher der verhältnismäßige Anteil des Getreidebauers an der Gesamtproduktion des betreffenden Gebietes. Der Getreidezoll stellt eine Liebesgabe nicht nur an die Landwirtschaft, sondern auch an den Lebensmittelhandel, der den Markt von Getreide abschöpft, dar.

Abrechnungen.

Vom 1. bis 6. Dezember gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Gau 1. Bielefeld 350 Mk.
 - Gau 2. Frankfurt a. M. 800 Mk.
 - Gau 3. Stuttgart 908,42 Mk.
 - Gau 5. Dresden 5000 Mk.
 - Gau 6. Thüringen 1440 Mk.
 - Gau 7. Stuttgart 1292,71 Mk.
- Schlusssumme des 3. Quartals: Stuttgart für Gau 3.

Berlin, den 6. Dezember 1924. H. Lohaus.

Literatur.

Review. Die „Solidarität“ wird wieder an die Mitglieder tolles Geld. Sie haben kein Besondere mehr empfangen. — In Stuttgart war ein Besondere der Verdienst, soll sofort richtiggestellt werden.

Reiner und Reine, Besondere zur Begründung, Berechnung und Verteilung der Beiträge des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Preis für 3 Bände 10 Mk. und 10 Mk. Porto. Besondere für sozialistische Lebenskultur, Hannover, Jostenstr. 1. Soeben erschienen. Nr. 6.

Einen Leitenden für Betriebsräte hat der Ortsausschuß des ADGB in Frankfurt a. M. herausgegeben, der sich in der Arbeiterkassette bald die Freunde erwerben wird. In gedrängter Darstellung, leicht und verständlich, enthält die Broschüre für den Betriebsrat, der sich in jedem Falle sofort anschaffen sollte. Die übersichtliche Anordnung ist besonders anzuerkennen. Natürlich kann und will dieser Leitende nicht das Betriebsratsgesetz oder seine ausgezeichneten Kommentare ersetzen, aber schnell und richtig antworten will er dem Kollegen auf die Fragen, was heute so ist zu tun. Unter Hinweis auf die Kollegen auch der Eintragung dieses Leitenden, das zum Preise von 50 Pf. beim Ortsausschuß des ADGB, in Frankfurt a. M., Arbeiterkassette Nr. 51, besorgen werden kann, nur dringend empfohlen werden, auch wenn sie nicht Betriebsrat sind.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskritik, Bd. 6, vom 15. November 1924, bringt wiederum für die Arbeiter und Angestellten überaus wertvolles Material. So dürfte der Artikel von Speidel über „Einwillige Selbstorganisation“ in der Arbeiterlosenversicherung“ geeignet sein, die Grundfrage für die Stellung der Gewerkschaften zu dieser Frage abzugeben. Der Artikel von Mennies, das Problem der Arbeit in der angloamerikanischen Welt, zeigt endlich einmal einen wirklichen Ausweg aus der prekären Lage des Arbeiters. Die eindringlichen Worte von Aufhäuser über „Betriebsrat und Betriebsrat“ verdienen unbedingt Beachtung. Außerdem enthält die Nummer noch Artikel von Hoffmann, Hildebrandt, Gebhard und Klotz, eine reichhaltige Zusammenfassung der Artikel, darunter auch der Besondere des Betriebsrats, was bei Gewerkschaftsmittellern besonders willkommen sein wird. „Die Arbeit“ erscheint monatlich einmal und ist durch jede Buchhandlung, durch Kolonialhandlung oder direkt vom Verlag (Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14) zu beziehen.

Der „Sozialdemokratische Arbeiter“ ist für das Jahr 1925 von der Gewerkschaftsbücherei und Verlagsanstalt, Berlin S. 28, 6, Lindenstr. 3 (Postfachkonto Berlin Nr. 7051), wiederum neu herausgegeben worden. Der Kalender präsentiert sich auch diesmal als ein interessantes Jahrbuch. Jeder Tag des Jahres hat sein Bild. Das sind von Anfang bis Ende, die Bilder, die den Arbeiter und die Arbeiterin zeigt, untergebracht, während die Redaktionen der gewöhnlichen Weise statistische Angaben, Brote, Gebote, Gründe, parteigekennzeichnet, gewerkschaftlich und gewerkschaftlich beachtenswerte Hinweise enthalten. Der Preis ist wiederum in Zielbroschüren bescheiden. Das Buch, das den Arbeiter in der Welt der proletarischen Familien das Bürgerrecht erworben, so wird er sich in seiner neuen Gestalt sicherlich noch weitere Stellen erobern. — Der Preis des Arbeiterkalenders beträgt 2 Goldmark.

„Arbeiter“, ein Jahrbuch für die Arbeiter und Arbeiterinnen, herausgegeben von Otto Schulz, Berlin, erschienen 1,25 Goldmark. Die Verlegerinnen sind zu rufen an die Gewerkschaftsbücherei und Verlagsanstalt, Berlin S. 28, Lindenstr. 3 (Postfachkonto Berlin Nr. 7051). Das vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit herausgegebene und zu schneller Verbreitung getragene Jahrbuch „Arbeiter“ liegt nunmehr in neuer Ausgabe für 1925 vor. Es ist reichhaltig, klar und verständlich, und enthält ein reichhaltiges Material. Das Buch, das den Arbeiter in der Welt der proletarischen Familien das Bürgerrecht erworben, so wird er sich in seiner neuen Gestalt sicherlich noch weitere Stellen erobern. — Der Preis des Arbeiterkalenders beträgt 2 Goldmark.

Berlin.

Am Donnerstag, den 25. Dezember, nachmittags 2 Uhr im „Deutschen Opernhaus“, Charlottenburg, Bismarckstraße.

„Die toten Augen“

eine Bühnendichtung von Jannis Heinz Ebers und Marc Henry, Musik von Eugen Döbner. Preis der Karte 1,20 Mk. einschließlich Garderobe, Karten sind im Ortsbureau, Alte Jakobstr. 5 zu haben.

Freitag, 26. Dezember (2. Weihnachtstheater):

Proletarische Festschau: Weihnachtsfeier „Großstädtfrühling“, Chormusik mit Musik und Tanz von Franz Rothensieder. Mitwirkende: erste Soubrette der Staatsoper, Langgruppe Terpis vom Staatstheater und der Sprechchor.

Eintrittspreis 1 Mk. Wir können unseren Mitgliedern diese Aufführungen nur empfehlen.

Berichtsmäßig für Redaktion: A. Schulz, Charlottenburg, Reichsstraße 16. Redaktion: Am Werkend 1828. Berlin: G. Lohaus, Charlottenburg. — Druck: Gewerkschaftsbücherei und Verlagsanstalt, Alte Singer u. Co., Berlin S. 28.